



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Außenpolitik	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen zur Türkei	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an

FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Alle an den Zypernverhandlungen beteiligten Parteien nutzten den Oktober, um über die Gründe für das Scheitern zu reflektieren. Möglicherweise werden die Gespräche nach den griechisch-zypriotischen Wahlen im Januar 2018 wiederaufgenommen.

Am 4. Oktober kritisierte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci den Außenminister der „TRNZ“¹, Taksin Ertugruroglu, harsch für die Erhebung einer Steuer auf von der Republik Zypern zur Verfügung gestellten Nahrungsmittel für die im Norden lebenden griechischen Zyprioten und Maroniten. Die Entscheidung führte zu einem öffentlichen Konflikt innerhalb der Regierung. In einer langen Stellungnahme betonte Akinci, dass seine Forderung, erst das Gespräch zu suchen und anschließend eine Entscheidung zu treffen, nicht in Betracht gezogen worden sei. Akinci beschuldigte Ertugruroglu Wunden zu öffnen, die nur schwer wieder verheilten. Insbesondere, da dies zu einem Zeitpunkt geschehe, an dem die türkischen Zyprioten von der internationalen Gemeinschaft für ihre konstruktive Haltung gelobt würden. Ertugruroglu antwortete darauf, dass nicht er, sondern der Präsi-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der *Acquis Communautaire* ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfragezustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

dent die Lage der türkischen Zyprioten verschlechterte. Der Präsident habe in der Schweiz, als er während der Verhandlungen Landkarten ausgetauscht habe, die Regierung völlig ignoriert. Er habe nun nicht das Recht sich darüber zu beschweren, dass ihm die Regierung nicht zuhöre. Es sei der Präsident und sonst niemand, der die türkisch-zypriotische Bevölkerung durch irreparable Fehler in eine schwierige Lage manövriert habe.

Akinicis Lage wird dadurch erschwert, dass neunzehn Abgeordnete der Partei der Nationalen Einheit (UBP), der Demokratischen Partei (DP) sowie unabhängige Abgeordnete dem Parlament einen Vorschlag für eine Resolution vorgelegt haben, der zufolge eine föderale Lösung für Zypern nicht mehr tragfähig sei. Auf einer Pressekonferenz sagte der UBP-Abgeordnete Zorlu Tore, dass – trotz der konstruktiven und ernsthaften Versuche von Seiten der türkischen Zyprioten in Crans Montana – seit dem Scheitern der Gespräche klar sei, dass eine Wiedervereinigung der Insel unter dem Dach einer Föderation nicht mehr möglich sei. Es sei sinnlos und inakzeptabel, eine Lösung im Rahmen von Verhandlungen mit unbestimmtem Ausgang zu führen. Er fügte hinzu, dass künftige Verhandlungen nur zwischen zwei Staaten auf der Basis politischer Gleichheit geführt werden sollten. Daraufhin erinnerte Akinci daran, dass es die Aufgabe des von der Bevölkerung gewählten Präsidenten sei, die Zyperngespräche zu führen. Es sei keine gute Idee, einen solch „radikalen Vorschlag in dieser kritischen Phase und ohne Rücksprache mit dem Präsidenten dem Parlament vorzulegen.“ Niemand habe ihn in diesem Punkt konsultiert.

Laut der türkisch-zypriotischen Wochenzeitung *Cyprus Today*, haben türkische Medien weitere Details über Ertugruloğus Besuch in den Vereinten Staaten Ende September veröffentlicht.

Demnach soll er in einer Gesprächsrunde des International Republican Institute (IRI) gesagt haben, dass es nach dem Scheitern der Gespräche im Juli an der Zeit sei, andere Länder dazu zu drängen die „TRNZ“ anzuerkennen. Eine andere Möglichkeit sei es, eine autonome Republik zu werden, nach dem Vorbild von Monaco und Frankreich oder dem Vereinigten Königreich und Gibraltar. Er sagte den US-Amerikanern, dass er „alles tun werde“, um die Suche nach Erdgas im östlichen Mittelmeer seitens der griechischen Zyprioten zu verhindern. Jahrelang hätten die griechischen Zyprioten die türkischen Zyprioten mit Hilfe internationaler Sanktionen bestohlen. Ein weiteres Mal werde man dieses Verhalten nicht tolerieren. Als er gefragt wurde, ob seismische Erkundungsschiffe auch beschossen würden, antwortete Ertugruloglu, wenn es notwendig sei, dann werde man auch dies tun. Natürlich sei dies nicht die Wahl der türkischen Zyprioten. Was solle man jedoch tun, wenn sich die Situation zuspitze? Energieminister Atun machte in diesem Zusammenhang auch auf die Aussage des türkischen Präsidenten Erdogan aufmerksam, der ganz klar gesagt habe, dass kein einziger türkischer Soldat aus Zypern abgezogen werde. Die Türkei werde auch nicht ihren Status als Garantiemacht aufgeben. Atun sagte, dass es höchste Zeit sei, die Zyperngespräche unter anderen Bedingungen abzuhalten. Man müsse sich von nun an um internationale Anerkennung bemühen und über ein neues System reden. So könnte die „TRNZ“ beispielweise ihr eigenes Modell haben, ähnlich dem von Taiwan.

Am 8. Oktober erklärte Präsident Anastasiades, dass er zuversichtlich sei, dass es nach den für Januar 2018 geplanten Präsidentschaftswahlen möglich sei, das Zypernproblem zu lösen. Er sei willens, alles Menschenmögliche für eine Lösung zu unternehmen. Dies war das erste Anzeichen dafür, dass Anastasiades, der wieder-

holt betonte, dass er unter bestimmten Bedingungen bereit sei, die Gespräche zeitnah wieder aufzunehmen, nun bis nach den Präsidentschaftswahlen warten will, bevor er seine Zustimmung für eine neue Initiative signalisiert.

Unterdessen äußerte der stellvertretend türkische Premierminister Recep Akdag am 9. Oktober, dass eine Annexion des Nordens durch die Türkei eine Option sei. Laut Akdag sei dies etwas, das getan werden könne. Er fügte hinzu, dass die Türkei und die „TRNZ“ sich zusammensetzen und eine politische Entscheidung treffen würden.

Am 10. Oktober veröffentlichte der UN-Generalsekretär Antonio Guterres seinen Bericht über die Guten Dienste in Zypern.² In dem Bericht wird keine der beiden Seiten für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht. Man habe jedoch in der Schweiz eine „einmalige historische Gelegenheit“ zur Lösung der Zypernfrage nicht genutzt. Der Bericht unterscheidet sich nicht von dem im September veröffentlichten Entwurf.³ Nach der Veröffentlichung des Berichts wiederholte Regierungssprecher Nicos Christodoulides die Haltung der zypriotischen Regierung. Man habe alles unternommen, um den Friedensprozess zu retten, aber die unnachgiebige Haltung der Türkei habe zum Scheitern der Gespräche in der Schweiz geführt. Derweil erklärte das türkische Außenministerium am 11. Oktober, dass der Bericht des UN-Generalsekretärs nicht genau wiedergebe, was in Crans Montana geschehen sei und somit die türkischen Erwartungen nicht

² Das offizielle Dokument kann unter der folgenden Adresse eingesehen werden <http://cyprus-mail.com/wp-content/uploads/2017/09/unsg-report.pdf>

³ Der vorläufige Bericht kann unter der folgenden Adresse eingesehen werden: <http://cyprus-mail.com/wp-content/uploads/2017/09/UN-REPORT-ON-CYPRUS.pdf>

erfülle. Außerdem beklagte das Ministerium die Unnachgiebigkeit der griechisch-zypriotischen Seite. Die Gespräche seien im Juli gescheitert, weil die griechischen Zyprioten ihre unrealistische Haltung in den Sicherheits- und Garantiefragen mit ihrer Forderung nach dem totalen Abzug aller Soldaten und keinerlei Garantien nicht aufgeben wollten. Ihre Positionen sei nicht konstruktiv hinsichtlich fundamentaler Fragen zum Funktionieren eines auf Partnerschaft beruhenden Staates gewesen.

Am 24. Oktober trafen sich der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu und sein griechischer Amtskollege in Ankara; auf der Tagesordnung stand u.a. das Zypernproblem. Nach dem Treffen erklärte Cavusoglu, dass die Türkei und die türkischen Zyprioten die nächsten Schritte nach der Präsidentschaftswahl im Süden festlegen werden. Nach Angaben des griechischen Außenministers Nikos Kotzias vom 26. Oktober schlug Cavusoglu vor, dass die beiden Länder vor einer möglichen Wiederaufnahme der Gespräche schwierige Aspekte besprechen sollten. Kotzias begrüßte diesen Vorschlag und deutete an, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Ende November oder Anfang Dezember Griechenland besuchen werde.

Währenddessen trafen sich Präsident Anastasiades und sein russischer Amtskollege Vladimir Putin am 24. Oktober. Laut der Cyprus News Agency vereinbarten die beiden Präsidenten, dass die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA) an einer neuen Zypernkonferenz teilnehmen sollten. Die Cyprus News Agency bezog sich in ihren Angaben auf ungenannte Quellen.

Die religiösen Oberhäupter Zyperns riefen ein neues gemeinsames Projekt ins Leben, welchen

Geistlichen und Laien die Möglichkeit geben soll, Griechisch und Türkisch zu lernen. Das Pilotprojekt ist Teil des Dialogs der geistlichen Oberhäupter, der seit 2009 von dem Büro für religiöse Zusammenarbeit innerhalb des zypriotischen Friedensprozesses (RTCYPP) koordiniert wird. Der unter der Schirmherrschaft der schwedischen Botschaft geführte Dialog soll zur Friedensstiftung unter Mitwirkung der religiösen Führer Zyperns beitragen, die gemeinsam für Menschenrechte, Frieden und Versöhnung eintreten.

2. Gasvorkommen

Der türkische Energieminister Berat Albayrak kündigte an, dass die Türkei plane, Ende 2017 oder Anfang 2018 Erkundungsbohrungen im östlichen Mittelmeer vorzunehmen. Während türkische Medien berichteten, die Türkei habe das südkoreanische Erkundungsschiff *Deep Sea Metro 2* erworben, verkündete das türkisch-zypriotische Internetchronikportal *Kibris Gazetesi*, dass das Schiff – nach Angaben des Büros der Turkish Petroleum Corporation (TPAO) im Norden – nicht gekauft worden und die Firma immer noch auf der Suche nach einem Schiff sei. Es wird jedoch erwartet, dass dieser Schritt neue Spannungen mit Zypern hervorruft, da die Türkei weder die Republik Zypern noch deren Jurisdiktion über ihre exklusive Wirtschaftszone anerkennt. Die Ansprüche der Türkei hinsichtlich der exklusiven Wirtschaftszone überschneiden sich teilweise mit den von der Republik Zypern ausgewiesenen Blöcken 1, 4, 6 und 7. Ankara unterstützt ebenfalls die Ansprüche der TRNZ auf die Blöcke 1, 2, 3, 8, 9, 12 und 13. Laut der Tageszeitung *Phileleftheros* plant die Regierung der Republik Zypern, der UN die Koordinaten ihrer exklusiven Wirtschaftszone im Norden der Insel vorzulegen, um somit Gespräche mit der Türkei über

den Verlauf der exklusiven Wirtschaftszone in Gang zu bringen. Diese Entscheidung sei eine Reaktion auf die Ankündigung der Türkei, mit den Explorationsbohrungen von der Küste Zyperns zu beginnen. In einigen Kommentaren wird dieser Schritt als unrealistisch und als wahltaktisches Manöver beschrieben, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Türkei Zypern nicht anerkenne.

Laut dem griechisch-zypriotischen Energieminister Yiorgos Lakkotrypis werde die Regierung eine Entscheidung hinsichtlich der Monetisierung der Gasreserven bis Ende 2018 treffen und diese auf den Bohrergebnissen von ExxonMobil und Qatar Petroleum in Block 10 basieren.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Angaben von Eurostat nahm die Arbeitslosenquote im September ab und lag bei 10,3%, während sie im August noch bei 10,6% und im August 2016 bei 13% lag. Demnach waren im September 44.000, im August 2017 45.000 und im August 2016 55.000 Menschen arbeitslos.

Nach Angaben des zypriotischen Amtes für Statistik erwirtschaftete die Regierung in den ersten neun Monaten des aktuellen Jahres einen Haushaltsüberschuss von 429,2 Millionen Euro, während der Haushaltsüberschuss im Vergleichszeitraum 2016 bei 143,4 Millionen Euro lag. Die Zunahme wird hauptsächlich auf erhöhte Staatseinnahmen von 430 Millionen Euro in den ersten neun Monaten zurückgeführt. Insgesamt lagen die Einnahmen bei 5,2 Milliarden Euro, während die Ausgaben um 78 Millionen Euro zunahmen und bei 4,8 Milliarden Euro lagen.

Wie die staatliche Schuldenverwaltungsbehörde (PDMO) erklärte, konnte die Regierung am 30. Oktober Schatzanweisungen mit einer Durchschnittsrendite von minus 0,07% in Höhe von 100 Millionen Euro verkaufen. Insgesamt beläuft sich der Umfang der Schatzanweisungen auf 267 Millionen Euro. Am 2. Oktober konnte die PDMO Schatzanweisungen im gleichen Umfang mit einer Durchschnittsrendite von minus 0,06% verkaufen. Gleichzeitig muss die Regierung 2018 Schulden in Höhe 903 Millionen zurückzahlen, nachdem sie bereits Ende 2017 374 Millionen Euro zurückzahlen muss. Die Rückzahlungen für 2018 beziehen sich auf Kredite in Höhe von 805 Millionen Euro. Diese beinhalten auch erste Rückzahlungen der russischen Kredite und 98 Millionen Euro aus dem Fond für Entwicklungsprojekte auf Zypern.

Am 21. Oktober erhöhte die Ratingagentur Fitch Zyperns langfristige Anleihen in Fremdwährung um eine Stufe auf BB – eine Stufe unter dem Investment-Grade. Fitch begründete dies in einer Erklärung mit einer „starken Verbesserung der Leistungsaussichten der öffentlichen Finanzen“, da das Haushaltsbudget 2017 einen 1%igen Überschuss bei dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) verzeichnen könne. Zyperns Staatsverschuldung soll bis Jahresende demnach unter 100% fallen, im Vergleich zu 108% Ende 2016.

Laut Angaben der zypriotischen Zentralbank ist der Umfang der notleidenden Kredite bei den zypriotischen Banken im Juni um 610,2 Millionen Euro gesunken und lag somit bei 22,4 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit der Einführung der derzeitigen Berechnungsmethode. Der Anteil der notleidenden Kredite fiel im Juni auf 45%, was dem niedrigsten Stand seit Dezember 2014 entspricht, als die Berechnungsmethode der Europäischen Bankenaufsicht eingeführt wurde. Verglichen mit dem

Stand im Juni 2016, fiel der Umfang der notleidenden Kredite um 2,3 Milliarden Euro. Im Juni 2015 belief sich das Volumen auf 4,6 Milliarden Euro.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 15. Oktober beschlossen die Grünen, dass sie die Kandidatur des DIKO-Vorsitzenden, Nicolas Papadopoulos, bei der Präsidentschaftswahl im Januar 2018 unterstützen werden. Die Entscheidung wurde während der panzypriotischen Konferenz der Grünen mit großer Mehrheit getroffen. In der Abstimmung erhielt Papadopoulos 39 Stimmen, der von der AKEL unterstützte Stavros Malas und der Vorsitzende der Bürgerallianz, George Lillikas, erhielten jeweils zwei Stimmen.

Am 27. Oktober traten acht Mitglieder der DIKO, u.a. Andreas Itropoulos vom Zentralkomitee der Partei, zurück. Als Grund nannten sie mangelnde Übereinstimmung mit dem Parteivorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten Nicolas Papadopoulos. Die zurückgetretenen Parteimitglieder waren Petros Drousiotis, Christakis Drousiotis, Prokopia Papoutsou, Ismini Kalatzi, Aristides Konstantinidis und Antonis Nikolaou. In ihrem Rücktrittsschreiben erklärten sie, dass die Entscheidung klar politisch motiviert gewesen sei, da die Partei unter Papadopoulos „von ihren traditionellen Prinzipien und Positionen abgewichen ist und sich von einer Partei, die klar zentristisch ausgerichtet ist, in eine Koalition verwandelt hat, deren verschiedene Teile nur durch das gemeinsame Streben nach Macht und zur Befriedigung persönlicher Ambitionen vereint sind“. Die Rücktritte folgten jenem des stellvertretenden Parteivorsitzenden Christos Patsalides vom 20. Oktober. Patsalides begründete seinen Schritt damit, dass die Partei allem

Anschein nach von ihrem Kernprinzip in der Zypernfrage, dem Streben nach einer bizonalen und bikommunalen Föderation, abweiche. Im April verbündete sich die DIKO mit der sozialistischen EDEK und der Solidaritätsbewegung, um gemeinsam Papadopoulos zu unterstützen. Beide Parteien haben sich öffentlich gegen eine bizonale, bikommunale Föderation zur Lösung des Zypernproblems positioniert.

Eine neu zugelassene Partei mit dem Namen „Ich, der Bürger“ (EOP) veröffentlichte am 25. Oktober ihre Vorschläge zur Bekämpfung der Korruption. Diese sehen u.a. die Einrichtung eines Anti-Korruptionsbüros vor, dessen Mitarbeiter dazu berechtigt seien, der Korruption verdächtige Personen festzunehmen und festzuhalten und ohne richterlichen Beschluss Untersuchungen gegen diese Personen durchzuführen. Zudem fordern sie die Einführung eines verpflichtenden Verhaltenskodexes für alle Beamten und eines Korruptionsregisters, in dem jede verdächtige Person öffentlich genannt werden soll. Obwohl diese Partei oft als die „russische Partei“ bezeichnet wird, ist die EOP nach eigenen Angaben eine zypriotische Partei. Die rund 1.000 Mitglieder seien mehrheitlich griechische Zyprioten sowie Russisch sprechende Zyprioten.

Am 21. Oktober verkündete der Oberste Rat der DISY offiziell die Unterstützung der Partei für Nicos Anastasiades, der sich im Januar 2018 zur Wiederwahl als Präsident stellt. Anastasiades hatte am 14. Oktober angekündigt, dass er sich für eine zweite Amtszeit zur Wahl stellen wolle.

Außenpolitik

Als Teil eines zweitägigen Besuchs in Moskau traf sich Präsident Anastasiades am 24. Oktober mit seinem russischen Amtskollegen Vladimir Putin im Kreml. Während des Treffens bestätig-

ten beide Länder ihre Zusammenarbeit. Anastasiades und Putin unterzeichneten einen gemeinsamen Aktionsplan für den Zeitraum 2018-2020. Gleichzeitig unterzeichneten Regierungsvertreter beider Länder sechs bilaterale Verträge in den Bereichen Handelsschifffahrt, Internationaler Transport, Maritimer Transport sowie Kommunikations- und Informationstechnologie. Des Weiteren unterschrieben die Republik Zypern und die Russische Föderation eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit bei der Modernisierung der Wirtschaft beider Länder. Anastasiades und Putin diskutierten das Zypernproblem, bilaterale Beziehungen, EU-Russland Beziehungen sowie internationale und regionale Fragen mit dem Schwerpunkt östliches Mittelmeer, Ukraine, Syrien und die Krise auf der koreanischen Halbinsel. Im Hinblick auf das Zypernproblem wiederholte Anastasiades seine Bereitschaft zur Fortführung des bikommunalen Dialogs und betonte, dass es notwendig sei, die Voraussetzungen für eine neue Zypernkonferenz zu schaffen. Am Rande des Treffens vergab Anastasiades das Große Band des Makarios-Ordens an Putin, welches die höchste zu vergebende Auszeichnung Zyperns ist.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der Konflikt zwischen den Gewerkschaften PEO und SEK einerseits und der Regierung andererseits hinsichtlich der Vereinbarung über die Gehaltserhöhungen im halbstaatlichen Bereich eskalierte in der ersten Oktoberhälfte mit dem Aufruf der Gewerkschaften zum Streik. Einige Tage vor dem angekündigten Warnstreik konnte jedoch ein Kompromiss ausgehandelt werden, worauf die Gewerkschaften den Streik absagten. Eine neue, vorläufige Vereinbarung wurde getroffen, welche die Gehaltsforderungen der Gewerkschaften berücksichtigt. Die

endgültige Fassung und die Umsetzung sollen in den kommenden Monaten ausgearbeitet werden. Gleichzeitig wurden die im Januar 2017 vereinbarten Rahmenbedingungen, welche auch die Einführung einer betrieblichen Rentenvorsorge für jene Angestellten vorsehen, die derzeit nicht Mitglieder des Fonds sind bekräftigt. Die Regierung sagte darüber hinaus zu, die während der Krise durchgeführten Streichungen graduell rückgängig zu machen.

Die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK warnte davor, dass sie gerichtliche Schritte einleiten werde, nachdem entdeckt worden war, dass einige ihrer Mitglieder von ihren Vorgesetzten unter Druck gesetzt worden waren, aus dem Tarifvertrag auszusteigen, die Gewerkschaft zu verlassen und individuelle Arbeitsverträge zu unterzeichnen. Dies verstoße gegen das verfassungsmäßige und gesetzlich geschützte Recht jedes Bürgers, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein und verstoße ebenfalls gegen das Gesetz zur Verhinderung von Mobbing am Arbeitsplatz. Die ETYK drohte mit Streikmaßnahmen und rief ihre Mitglieder auf, wachsam und vorsichtig zu sein.

Die PEO wird ihren ordentlichen Gewerkschaftskongress im November abhalten. Der Kongress findet alle fünf Jahre statt und bietet den 700 Delegierten die Möglichkeit, gewerkschaftspolitische Themen zu diskutieren und die Gewerkschaftsvertreter für die kommende Amtszeit zu wählen.

Der Sozialversicherungsverband diskutierte die Beschwerde PEOs, dass Arbeitnehmer zwischen 63 und 65 Jahren, die noch keine Pensionen beziehen, von der Arbeitslosen- und Krankenversicherung ausgeschlossen werden. Die PEO erwartet, dass die Regierung neue diesen Mismatch behebt.

Das Parlament genehmigte 2.400 Beförderungen im öffentlichen Dienst, während die Regierung ursprünglich nur 1.575 gefordert hatte. Dies ist das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen DISY und DIKO, welche hinter den Kulissen getroffen worden war und die die Macht des Parlaments vergrößert. Dies könnte verfassungswidrig sein, die Regierung leitete das Gesetz jedoch nicht zur Überprüfung an den Generalstaatsanwalt weiter.

Im öffentlichen Dienst gibt es ein dreigliedriges Besoldungssystem. Die Mehrzahl der öffentlichen Angestellten gehören der mittleren und unteren Stufe an (unter der Besoldungsstufe A8), ein großer Teil gehört der mittleren und hohen Stufe an (A8-A12) und ein kleiner Teil der höheren Stufe (A13 und höher). Während die Mehrzahl der Angestellten (65%) Frauen sind, sind Männer in den höheren Stufen überrepräsentiert. 2016 hatten 61% aller Angestellten einen Bachelor- oder Master-Abschluss, wobei nur 33% diesen für ihre Stelle benötigten. Alle Angestellten des öffentlichen Dienstes werden 2018 erstmals nach sieben Jahren eine Gehaltserhöhung bekommen.

Seit dem 27. Oktober wird die Zementfabrik bei Vasiliko unbefristet bestreikt. Der Streik wird von drei Gewerkschaften, der PEO, SEK und DEOK, unterstützt. Die Gewerkschaften protestieren gegen „systematische Verletzungen“ der Tarifverträge und die Weigerung des Unternehmens, „welche ihre Gewinne aufgrund ihrer Monopolstellung erhöhen konnte“, mit den Gewerkschaften in einen Dialog zu treten. Die Gewerkschaften forderten die Intervention des Arbeitsministeriums zur Wiederherstellung von „Ordnung und Rechtmäßigkeit“.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Der Ministerrat verabschiedete den Haushaltsplan für 2018, der 5.732 Milliarden Türkische Lira (TL) umfasst, was 1.265 Milliarden Euro entspricht. Das Budget wurde dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Laut der Pressestelle des Premierministers sei es das erste Mal in der Geschichte der „TRNZ“, dass die aus der Nationalen Vereinigungspartei und der Demokratischen Partei bestehende Regierungskoalition einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorlege.

Laut den Zahlen, welche das staatliche türkisch-zypriotische Planungsamt vorlegte, stieg die Inflationsrate im September um 0,51%, um 10,31% seit Jahresanfang und um 15,35% im Vergleich zum September 2016.

Beziehungen zur Türkei

Der Wirtschafts- und Energieminister der „TRNZ“, Sunat Atun, gab bekannt, dass die Vereinbarung über die Zusammenlegung des türkisch-zypriotischen und türkischen Elektrizitätsnetzes noch vor Ende des Jahres unterzeichnet werde und dass die Arbeiten sofort nach der Unterzeichnung beginnen würden. Der Strom aus der Türkei werde sich laut Atun positiv auf eine mögliche Lösung für Zypern auswirken. Es könnten bereits zu diesem Zeitpunkt 400 Megawatt Strom über drei Schnittpunkte an den Süden weitergeleitet werden.

Nach Informationen des staatlichen Senders BRT reisten Gesundheitsminister Faiz Sucuoglu, der Minister für Landwirtschaft und Ressourcen, Nazim Cavusoglu, sowie Kultusminister Özdemir Berova für offizielle Gespräche nach Ankara. Nach dem Treffen mit dem Gesundheitsminister

erklärte der stellvertretende türkische Premierminister für Zypernangelegenheiten, Recep Akdag, dass man ein „fantastisches Krankenhaus in der TRNZ“ bauen werde. Nach einem separaten Treffen mit Akdag erklärte Berova, dass die türkischen Zyprioten letztes Jahr 22 Millionen TL von der Türkei erhalten haben und dass aufgrund dieser finanziellen Hilfe eine Reihe von Projekten im Bildungsbereich umgesetzt werden konnten. Berova erklärte weiter, dass die Existenz der Türkei und deren starker Staat ein Garant für das Bestehen der „TRNZ“ sei.

Innenpolitische Entwicklungen

Die stärkste Partei innerhalb der Regierungskoalition, die Partei der Nationalen Einheit (UBP) und die stärkste Oppositionspartei, die Republikanisch-türkische Partei (CTP), einigten sich auf den 7. Januar als Termin für vorgezogene Wahlen. Das Datum wurde von dem Vorsitzenden der CTP, Tufan Erhurman, vorgeschlagen, nachdem Premierminister Hüseyin Özgurgun erklärt hatte, dass er „jederzeit bereit“ sei einen Wahlkampf zu führen. Der stellvertretende Premierminister und Vorsitzende des kleinen Koalitionspartners, der Demokratischen Partei (DP), Serdar Denktasch, verurteilte die Entscheidung des Koalitionspartners als „unverantwortlich“. Der Zeitpunkt der Wahlen werde das Land ins Chaos stürzen, da dies mit den Budgetverhandlungen für 2018 zusammenfalle. Denktasch fügte jedoch hinzu, dass auch seine Partei „jederzeit bereit“ sei und nicht beabsichtige, die Wahlen hinauszuzögern. Derweil genehmigte das parlamentarische Komitee für Rechts-, Politik- und Außenbeziehungen eine Änderung des Wahlgesetzes. Das Gesetz, wonach die Bürger für Kandidaten aus allen sechs Wahlbezirken stimmen können, soll im Parlament debattiert und, wenn es angenommen wird, dem Präsidenten vorgelegt werden. Derzeit können Bür-

ger nur für Kandidaten ihres Wahlbezirks stimmen.

Am 17. Oktober gab die Regierung bekannt, dass die Uhren am 29. Oktober, wie in anderen europäischen Ländern, um eine Stunde zurückgestellt würden. Zuvor hatte der stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch betont, es sei von höchster Wichtigkeit, die gleiche Uhrzeit wie die Türkei zu haben, da die „TRNZ mit der Türkei in vielen Bereichen zusammenarbeite“. Letztes Jahr entschied die türkische Regierung, die Uhren nicht mehr auf Winterzeit umzustellen; die türkischen Zyprioten folgten diesem Beispiel, was zu zwei unterschiedlichen Zeitzonen in Zypern führte. Diese Entscheidung wurde damals von Gewerkschaften und Oppositionsparteien heftig kritisiert, auch deshalb, weil Schulkinder noch in der Dunkelheit in die Schule mussten. Premierminister Hüseyin Özgurgun führte die Zeitumstellung auf ein Gesetz von 1940 zurück und sagte, dass das Gesetz geändert werden müsse. Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen, sei dies jedoch nicht der geeignete Zeitpunkt. Er bestand jedoch gleichzeitig darauf, dass es nur logisch sei, dass die „TRNZ in der gleichen Zeitzone liegt wie die Türkei.“

Abgeordnete der Oppositionspartei forderten die Parlamentssprecherin, Sibel Siber, auf, eine parlamentarische Untersuchung hinsichtlich der Veruntreuung öffentlicher Gelder im Rahmen der 300 Millionen Euro umfassenden Privatisierung des Flughafens Ercan (Tymbou) in die Wege zu leiten. Die CTP beschuldigt den Vorsitzenden der UBP und den früheren und derzeitigen Minister für öffentliche Arbeiten und Transport, Tahsin Ertugruloglu bzw. Kemal Durust, mit dem Beschluss, den mit den Flughafenbetreibern, dem türkischen Konsortium T&T, auf 25 Jahre angelegten Leasingvertrag um weitere fünf Jahre zu verlängern, dem Staat

einen Verlust in Höhe von „mehreren Millionen Dollar“ zugefügt zu haben. Laut dem CTP-Vorsitzenden sei es „so offensichtlich, dass es sich hierbei um eine kriminelle Tat“ handle. Er werde die Sache an die Polizei weiterleiten, falls „der Antrag im Parlament abgelehnt“ werde.

Eine neue Umfrage des Zentrums für Immigration, Identität und Rechtsstudien (CMIRS) ergab, dass die UBP die meisten Stimmen erhalten würde, wenn die Wahl jetzt stattfinden würde. Von den 500 im Juli Befragten unterstützten 18,5% die UBP, während 14,05% die Volkspartei (HP) des ehemaligen Verhandlungsführers Kudret Özersay wählen würden. Die Direktorin des Zentrums, Mine Yucel, erklärte, dass trotz weit verbreiteter Unzufriedenheit, die UBP immer die stärkste Partei sei. Die Menschen hätten die Einstellung, dass die Partei zwar korrupt sei, aber auch erfahren darin sei, wie man das Geld gut verteile.

Die Zahl der griechischen Zyprioten, die eine Abfindungszahlung für ihr 1974 verlorenes Eigentum im Norden beantragen, hat sich nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen erhöht. Demnach habe die Kommission für unbewegliches Vermögen (Immovable Property Commission – IPC) seit Anfang August 28 neue Anträge erhalten, während in den ersten Monaten dieses Jahres nur sieben Anträge eingegangen seien.

Die Lehrgewerkschaft beschuldigte Bildungsminister Özdemir Berova, mit der Einstellung von 167 Lehrern aus der Türkei, die Assimilierung der türkischen Zyprioten in die türkische Gesellschaft voranzutreiben. In einer Stellungnahme betonen die Gewerkschaften, dass derzeit 580 Schulpsychologen, 185 Lehrer für Kinder mit besonderen Bedürfnissen sowie hunderte andere Lehrer arbeitslos seien. Vor dem Hintergrund dieser Zahl, gebe es keine Begrün-

dung dafür, dass türkische Lehrer eingestellt würden. Neueinstellungen von hiesigen Lehrern seien aufgrund sogenannter Sparmaßnahmen abgelehnt worden. Berova beschuldigte die Gewerkschaften, die Lehrer aus der Türkei zu „diskriminieren“ und die Öffentlichkeit „falsch zu informieren“. Die 167 Stellen seien im Rahmen eines Austauschprogramms angeboten worden, das Teil eines 1994 mit der Türkei unterzeichneten Protokolls sei. Die Gehälter der türkischen Lehrer würden von der Türkei bezahlt.

Innenminister Kutlu Evren gab bekannt, dass unter der derzeitigen Regierungskoalition der UBP und der DP 9.294 Menschen eingebürgert worden seien. Im Vergleich dazu seien unter der Vorgängerregierung der CTP „ca. 4.000“ Menschen eingebürgert worden. Laut Evren handle es sich bei diesen auch um eingebürgerte Familien und Ehepartner von türkischen Zyprioten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsplattform demonstrierte vor dem Arbeits- und Sozialministerium, um ihrer Forderung nach verbesserten Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz Nachdruck zu verleihen, nachdem im Baugewerbe in den letzten sieben Jahren 51 Arbeiter durch Arbeitsunfälle gestorben waren und 200 Arbeiter verletzt wurden. Der Generalsekretär des Revolutionären Gewerkschaftsverbands (Dev-Is), Koral Asam, verlas während der Demonstration eine Erklärung und sagte, dass nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation 98% der Arbeitsunfälle und 100% arbeitsbedingter Erkrankungen verhindert werden könnten, wenn die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen angewendet würden.

5. FES Zypern Veranstaltungen

November

Mittwoch, 01.11.17, 18:00 – 20:00

Cyprus NGO Initiative on Law Reform / NGO
Support Centre / FES
Präsentation

Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen

The Classic Hotel
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 09.11.17, 9:00 – 18:00

PRIO Cyprus Centre / FES
Konferenz

Turkish Settlers

Home for Cooperation - UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 16.11.17, 9:00 – 18:00

PRIO Cyprus Centre / FES
Konferenz

National, International and Human Security in the Eastern Mediterranean

Home for Cooperation - UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 23.11.17, 15:00 – 17:00

Cyprus NGO Initiative on Law Reform / NGO
Support Centre / FES

Präsentation der Gesetzesänderung

Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen

The United Kingdom Citizens Association Social
Club,
Chlorakas Avenue, 8220 Paphos, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 23.11.17, 18:00 – 20:00

Cyprus NGO Initiative on Law Reform / NGO
Support Centre / FES
Präsentation der Gesetzesänderung

Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen

Amphitheater der Neapolis Universität Paphos
2 Danais Avenue, 8042 Paphos, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch, 29.11.17, 18:00 – 20:00

FES / University of Nicosia
Präsentation der Studie

**Impact of the Economic and Financial Crisis on
the Republic of Cyprus**

Millenium Building (-M203), University of
Nicosia, Nicosia

Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch, 29.11.17, 21:00

Kanal Sim / FES
Dokumentationsfilm

In the Name of the Homeland

Ausstrahlung auf Kanal Sim (türkisch-
zyprisches Fernsehen)

Dezember

--- keine Veranstaltungen ---



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FESCyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com